



Kölner Erklärung:

„Mach et jot – ävver nit ze off!“

***Nachhaltige und generationsgerechte Finanzpolitik
als Ausweg aus der Krise***

des 56. JU NRW-Tag am 03. Oktober 2020 in Köln

„Mach et jot – ävver nit ze off!“

Nachhaltige und generationsgerechte Finanzpolitik als Ausweg aus der Krise

Die Coronakrise hat die Welt nachhaltig im Griff und alle Lebensbereiche in NRW aus den Angeln gehoben. Für das weitsichtige Handeln ist die Junge Union Nordrhein-Westfalen den Regierungen im Bund sowie im Land und allen Alltagshelden dankbar. Aus pragmatischen Erwägungen notwendige Entscheidungen zum Wohle der Gesundheit aller, wie die harten Einschränkungen des alltäglichen Lebens, haben die Konjunktur unserer Wirtschaft allerdings massiv einbrechen lassen. Die Junge Union NRW hat daher die seitens des Landes Nordrhein-Westfalen schnell und unbürokratisch ergriffenen Maßnahmen in Milliardenhöhe, wie Überbrückungs- und Soforthilfen, Rettungsschirme, Konjunkturpakete sowie die Nachtragshaushalte, die der konjunkturellen Belebung dienen, positiv wahrgenommen. Hierbei begrüßt sie vor allem auch, dass viele wirtschaftliche Impulse mit Themen wie Innovation und Digitalisierung – die die Junge Union bereits seit langem fordert – verbunden worden sind. Die Junge Union NRW ist überzeugt, dass das Land durch die Forcierung dieser Megatrends einen großen Sprung in Richtung langfristiger Modernität vollzieht. Die Junge Union NRW betont aber, dass ein solch antizyklisches Agieren nur möglich war, weil in den letzten Jahren konsequent nach der Devise „Spare in der Zeit – dann hast Du in der Not“ von Bundes- und nordrhein-westfälischer Landesregierung gut gewirtschaftet wurde.

In ihrer Kölner Erklärung fordert die Junge Union Nordrhein-Westfalen für den Weg in eine neue Normalität diese Grundsätze nicht zu vergessen und sich weiterhin auf eine bedachte, christdemokratische Finanzpolitik mit einem angemessenen Maß zwischen Generationengerechtigkeit und den notwendigen weiteren Investitionen zur Gestaltung des Staates zu besinnen.

Solide Haushaltspolitik als Zukunftsgarantie

Wer Spielräume für künftige Generationen schaffen möchte, darf heute nicht das Kinde mit dem Bade ausschütten. Für ein weitsichtiges „Zurück in die Zukunft“ muss deshalb schnellstmöglich damit begonnen werden, die finanziellen Polster erneut aufzubauen, um langfristig handlungsfähig zu bleiben. Für den Staat gilt dabei weiterhin – wie auch nach der letzten Finanzkrise – nicht mehr auszugeben als er einnimmt. Denn die hohe Kante aus staatlichen Rücklagen ist der Schutzwall für die nächste Krise – egal welcher Natur. Die derzeitigen, gezielten Ausgaben zur Belebung der Wirtschaft bilden in einer sozialen Marktwirtschaft lediglich die

Ausnahme und dürfen nicht zur Regel werden. Hierbei gilt es gemäß dem christdemokratischen Kerngedanken eine langfristige Perspektive gegenüber modischer Kurzfristigkeit vorzuziehen. Einer kurzfristig gedachten und zügellosen „Das-Geld-muss-weg“-Politik des populistischen Parteienspektrums von links und rechts erteilt die Junge Union NRW darum eine klare Absage. Die uneingeschränkte Verfolgung eines solchen Ansatzes würde untunlich als erdrückende Last auf dem Rücken der jungen Generation und aller Nachfolgenergenerationen abgeladen. Mithin fordert die Junge Union NRW die Verantwortlichen auf allen Ebenen auf, schnellstmöglich den grundgesetzlichen Verpflichtungen zur ausgeglichenen Haushaltsführung wieder nachzukommen. Die vorgesehenen Abweichungsmöglichkeiten müssen nämlich das bleiben, was sie sind: Ausnahmen.

Zielgerichtete Investitionen als Schlüssel zum Wachstum

Ein vernunftorientiertes Wirtschaften und eine generationenverantwortliche Finanzpolitik bedeuten gleichwohl, dass zukunftsgerichtete Investitionen nichtsdestotrotz weiterhin möglich sein müssen und auch notwendig sind, wo diese sinnvoll sind. Als Kernelement neben dem sparsamen Wirtschaften, treten in einer generationengerechten Finanzpolitik somit stets auch immer inhaltlich hinterlegte Investitionsschwerpunkte, die für eine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung und gesellschaftlichen Wohlstand sorgen. Die Junge Union Nordrhein-Westfalen spricht sich dafür aus, den Fokus dabei auf die nachfolgenden Themenfelder zu legen: 1. Die gegenwärtigen Umstände haben gezeigt, wie wichtig eine hinreichende digitale Infrastruktur und die Nutzung digitaler Möglichkeiten sind; sie haben aber auch vor Augen geführt, dass die Digitalisierung in vielen Bereichen noch hinter ihren Potenzialen zurücksteht. Auch wenn Entwicklungsperspektiven gerade in der Zeit der Krise schnell genutzt und umgesetzt werden, muss diese Entwicklung – auch zur Vorbereitung auf künftige Krisensituationen – in Zukunft weiter vorangetrieben und gefördert werden.

Die Notwendigkeit einer solchen Förderung außerhalb der öffentlichen Verwaltung erkennt die Junge Union NRW gerade im Bereich von Schule, Ausbildung und Studium. Ein in dieser Hinsicht aufgestelltes, digitales Bildungswesen ist nicht bloß gegen künftige Krisen resilient, sondern insbesondere auch generationengerecht, da es die schon bald für die Erwirtschaftung des Bruttoinlandprodukts nötige Generation in die Lage versetzt durch die damit erlernten Fähigkeiten selbständig für ihren Wohlstand in einer sich weiterhin wandelnden und technisierten Arbeitswelt zu sorgen. Als bedeutenden Punkt erkennt die Junge Union Nordrhein-Westfalen hierbei, dass die in der Landeskompetenz zu verantwortende Digitalisierung der Klassenräume endlich flächendeckend stärker vorangetrieben werden muss.

Die momentane Situation hat ebenso gezeigt, dass die Digitalisierung in der Arbeitswelt weiter vorangetrieben werden muss und hierbei ein bedeutender Baustein die Förderung des Homeoffices ist. Auch wenn die Junge Union NRW ein generelles „Recht auf Homeoffice“ ablehnt, da dies die Mannigfaltigkeit beruflicher Tätigkeiten und Voraussetzungen für ein gelungenes, effektives Arbeiten verkennt, fordert sie, die Nutzung des Homeoffices zu erleichtern, wo dies möglich ist. In diesem Rahmen erachtet die Junge Union NRW eine Förderung der Einrichtung von Homeoffice-Arbeitsplätzen für notwendig und fordert eine damit einhergehende Erweiterung der Betriebsausgaben- bzw. Werbungskostenabzugsmöglichkeiten hinsichtlich eines häuslichen Arbeitszimmers (§§ 4 Abs. 5 Nr. 6 lit. b, 9 Abs. 5 S. 1 EStG).

2. Eine vorübergehende, finanzielle Entlastung der kommunalen Haushalte, deren oftmals bereits ohnehin angespannte Lage sich nun nochmals verschärft hat, muss dabei ebenfalls möglich sein. Dadurch wird das Vertrauen der Gesellschaft in einen handlungs- und leistungsfähigen Staat und der Politik auf lokaler Ebene abgesichert. Kommunen als erste und am ehesten wahrgenommene staatliche und politische Instanz müssen – ohne auf die notwendige Intensivierung der Digitalisierungsbemühungen der Verwaltungen einzugehen – weiterhin in der Lage sein, wenigstens die simpelsten Anforderungen, wie beispielsweise ein Aufstellen von Sitzbänken, die kommunale Daseinsvorsorge, die vernünftige Organisation der Müllabfuhr oder kulturelle Angebote, realisieren zu können. Anderenfalls besteht gerade in diesem Bereich die Gefahr der staatsgefährdenden Melange aus Verschwörungstheoretikern, Reichsbürgern, Extremisten und anderen disruptiven Kräften in der Gesellschaft, die unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung überwinden wollen, ungewollte Konjunktur zu verschaffen.

Bedeutende Punkte wurden hierbei bereits durch die beschlossenen Maßnahmen zur Übernahme der krisenbedingten Gewerbesteuer ausfälle durch Bund und Land sowie durch die Übernahme der Kosten für die Leistung von Unterkunft und Heizung der sich in der Grundsicherung befindlichen Arbeitsuchenden geschaffen. Diese Schritte, die auch durch das Bestreben der nordrhein-westfälischen Landesregierung maßgeblich vorangetrieben worden sind, begrüßt die Junge Union NRW ausdrücklich.

3. Generationengerechtigkeit lässt sich aber nicht nur über den Zahlenwert des Ersparten darstellen. Daneben gilt es auch den unschätzbaren Wert der Familie zu berücksichtigen. In den Wochen der stärksten Einschränkungen haben Eltern ihre Kinder vielfach neu kennengelernt, während viele Ältere sich der Einsamkeit ausgesetzt sahen. Familien versteht die Junge Union als Ort, an dem nicht nur Eltern Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und sie zu lebenskompetenten Erwachsenen entwickeln, sondern an dem auch Kinder für ihre Eltern Sorge tragen. Als kleinste Keimzelle der Gesellschaft bilden die Leistungen der Familien eine feste

Größe als unverzichtbarer Bestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Die vielfältigen Leistungen der Familien stützen die Arbeitswelt und die sozialen Sicherungssysteme ebenso wie die Konsummärkte und zudem die Gesamtgesellschaft in ihrem Gefüge von Jung und Alt als einem Gesamtorganismus. Dabei bedingen sich die Leistungsfähigkeit der Familien und die Rahmenbedingungen, die ihnen das Schul- und Bildungssystem sowie die Arbeitswelt bieten, gegenseitig. Unter guten Bedingungen wird in Familien der Grundstein für die Gesellschaft von morgen gelegt, in der Kinder und Jugendliche neue Wege suchen, das Gewohnte in Frage stellen und damit die Gesellschaft vor die Herausforderung stellen, das Vertraute zu überprüfen und Verkrustungen des bisherigen Denkens und Verhaltens zu überwinden. Als Arbeitskräfte sind sie dadurch auch das innovative Potential der Zukunft. Somit ist es aus Sicht der Jungen Union unumgänglich, dass gerade die Förderung dieses Lebensbereiches nicht den notwendigen Sparbemühungen zum Opfer fällt, sondern weitergeführt wird, um – auch zusammen mit ehrenamtlich Engagierten – weiterhin ein tragendes Gerüst für unsere Gesellschaft darzustellen.

4. Als exportstarkes Bundesland muss es der Anspruch Nordrhein-Westfalens sein, dass die globalen Wertschöpfungsketten wieder anziehen. Hierfür benötigt unser im Herzen Europas gelegenes Bundesland den intensiven Warenhandel mit den direkt angrenzenden europäischen Nachbarländern und darüber hinaus. Die Junge Union NRW begrüßt vor diesem Hintergrund auf Ebene der Europäischen Union zwar die Bemühungen des Europäischen Rates und der Kommission zur Stärkung der Wirtschaft. Allerdings gilt für die Junge Union NRW die Devise, dass im Sinne der jungen Generationen für ein wirtschaftliches Aufblühen die Verteilung finanzieller Mittel nicht bedingungslos nach dem Gießkannen-Prinzip erfolgen darf. Verlorene Zuschüsse dürfen daher nur dann gezahlt werden, wenn diese an klare Vorgaben hinsichtlich Reformbemühungen und mit einem positiven Effekt für die gesamte Europäische Union verknüpft werden. Eine darüber hinausgehende staatliche Unterstützung zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, die aufgrund der engen, freundschaftlichen Verbindung – gerade in Krisen auch unbürokratisch – möglich sein muss, darf aus der Sicht der Jungen Union Nordrhein-Westfalen nur erfolgen, wenn diese in Form von Krediten erfolgt. In diesem Sinne sollen die Vertretungen des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin und Brüssel intensiv auf die Wahrung dieser Grundannahmen einwirken, um auch in dieser Hinsicht einen soliden finanziellen Rahmen zu schaffen.

Um ökonomisch vorausschauend zu agieren und eine drohende Welle von Insolvenzen abzufangen, muss der Blick von Europa jedoch noch über den Tellerrand hinaus gehen. Exemplarisch soll gerade die Landesvertretung in Tel Aviv den Zugang und die Zusammenarbeit zu innovativen und vielversprechenden Start-Ups mit hier ansässigen Gründern stärken. Die

Junge Union NRW unterstützt hierbei die Ausweitung und Schaffung von Partnerschaftsprogrammen – wie des German Israeli Startup Exchange Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie – oder die Stärkung der Möglichkeit, inländische Existenzgründungsprogramme auch für internationale Gründer weiter zu öffnen, sofern durch deren Tätigkeit eine Verbindung zum nordrhein-westfälischen Markt und zur nordrhein-westfälischen Gründerszene geschaffen wird. Des Weiteren fordert die Junge Union Nordrhein-Westfalen die weltweiten Tätigkeiten der landeseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft NRW.Invest auszubauen, um durch die Investition und Ansiedlung ausländischer Unternehmen den Produktionsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken und zugleich Import-Abhängigkeiten zu reduzieren. Auch auf diese Weise soll ein Anwachsen notwendiger Staatseinnahmen nach der Krise in lukrativen Bereichen erzielt werden.

„Watt fott es, es fott“

Jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Die Junge Union Nordrhein-Westfalen spricht sich – vor allem unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit und der Vorbereitung auf zukünftige Krisensituationen – deutlich dafür aus, schnellstmöglich der ausgeglichenen Haushaltsführung wieder nachzukommen. Gleichzeitig erkennt sie aber auch, dass in den zentralen Bereichen Digitalisierung, Kommunen, Familie und internationaler Zusammenarbeit weiterhin Investitionen notwendig sind. Die Junge Union NRW ist überzeugt, dass auf diese Weise auch langfristig eine solide, positive Entwicklung Nordrhein-Westfalens und der gesamten Bundesrepublik im Rahmen der europäischen Gemeinschaft sichergestellt werden kann.